

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/66

8. April 1975

Berufsbildung im Reformprozeß

Nüchterne Bilanz ergibt positive Zeichen

Von Helmut Rohde MdB

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Seite 1 und 2 / 73 Zeilen

Warnung vor einer falschen Sicherheit

Untaugliche Unions-Rezepte für unsere Außenpolitik

Von Bruno Friedrich MdB

Außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 3 und 4 / 79 Zeilen

Partner für die ersten Konjunktur-Schwalben

Zu den neuesten Zahlen über den Stand des Arbeitsmarktes im März

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Seite 5 / 30 Zeilen

Achtung: Falschmeldungswelle rollt an!

SPD warnt vor undemokratischen Ausuferungen im Wahlkampf

Seite 6 / 34 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 406  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 90 37 - 30  
Telefax: 00 36 946 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 106-112, Telefon: 97 66 11

## Berufsbildung im Reformprozeß

Nüchterne Bilanz ergibt positive Zeichen

Von Helmut Rohde MdB

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Es gehört zu den erklärten Zielen der Bundesregierung, im Bildungssystem eine Kuratkorrektur zugunsten der beruflichen Bildung vorzunehmen. Seit Sommer des vergangenen Jahres wird auf verschiedenen Feldern ein Reformprozeß eingeleitet, der die Weichen neu stellt. Aus der Phase reiner Planungsüberlegungen, wie sie im Bildungsgesamtplan ihren Ausdruck fanden, ist nunmehr der Weg zum konkreten Planungsvollzug unter neuen berufsbezogenen Vorzeichen im Bildungswesen eingeleitet worden. Er betrifft beide Ausbildungsarten, also sowohl die betriebliche Ausbildung als auch die Berufsschule.

Eine knapp gefaßte Bilanz ergibt folgendes Bild:

1/ Im Kosten- und Finanzierungsplan des Bildungswesens bis 1978, den die Bund/Länder-Kommission Ende des vergangenen Jahres abschließend beraten und den Regierungschefs nunmehr zur Beschlußfassung vorgelegt hat, ist der beruflichen Bildung Priorität verliehen worden. Bund und Länder haben sich verpflichtet, in Investitionen und laufenden Leistungen den berufsbezogenen Ausbildungsstätten besonderes Gewicht zu geben.

2/ Im Bundeshaushalt sind die Mittel für die berufliche Bildung 1975 gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt worden. Rechnet man noch die Leistungen des Konjunkturprogramms hinzu, so stehen 1975 rund 225 Millionen DM zur Verfügung, davon 150 Millionen DM allein zum Bau überbetrieblicher Ausbildungsstätten. Gleichzeitig sind Sofortmaßnahmen im Blick auf die besonderen Ausbildungsprobleme im Jahre 1975 eingeleitet worden.

3/ In dieser Woche hat eine erste Beratung eines neuen Stufenplans für die berufliche Bildung in der Bund/Länder-Kommission stattgefunden. Er enthält konkrete Schwerpunkte: Bis 1978 sollen das Berufsgrundbildungsjahr, Ausbildungsplätze für Jugendliche ohne qualifizierenden Schulabschluß und überbetriebliche Ausbildungsplätze ausgebaut sowie der Berufsschulunterricht insgesamt erweitert werden. Außerdem sollen erhöhte Anstrengungen unternommen werden, um für Abiturienten alternativ zum Hochschulstudium qualifizierte Ausbildungswege zu eröffnen.

4/ Die Bundesregierung bereitet ein neues Berufsbildungsgesetz vor, mit dem das Ausbildungsplatzangebot sicherer, die Abstimmung der Ausbildungsinhalte von Schule und Betriebe verbessert, die Inhalte der beruflichen Bildung weiterentwickelt und eine tragfähige Grundlage für die Zusammenarbeit aller an der beruflichen Bildung Beteiligten erreicht werden soll.

Nunmehr wird in konkreten Handlungen deutlich, was es heißt, einen

Reformprozeß für die berufliche Bildung einzuleiten. Es bedeutet, positive Weiterentwicklung für die betriebliche und schulische Ausbildung gleichzeitig und aufeinander abgestimmt einzuleiten.

Der von der Bund/Länder-Kommission beratene neue Stufenplan für die berufliche Bildung kann nur dann zum Erfolg führen, wenn gleichzeitig auch durch ein neues Berufsbildungsgesetz die betriebliche Ausbildung gefördert, eine bessere Abstimmung der Ausbildungsinhalte in Betrieb und Schule sowie eine engere Kooperation zwischen Bund und Ländern erreicht wird. Der Gesetzentwurf wird gegenüber den Ländern ein Angebot zur fairen, aufgeschlossenen und der Sache allseitig dienenden Kooperation enthalten. Im Zusammenhang mit dem Gesetzgebungsverfahren soll den Ländern der Vorschlag zu einem Verwaltungsabkommen unterbreitet werden, mit dem sichergestellt werden soll, daß die Ausbildungswege in Schule und Betrieb nicht auseinanderlaufen, sondern diese beiden Lernorte in eine engere Beziehung zueinander gebracht werden, als das bisher der Fall war.

Reform der beruflichen Bildung heißt sachliche, nüchterne Arbeit in Verantwortung vor der jungen Generation und im Hinblick auf die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Gesellschaft von morgen zu leisten. Mit Demagogie und Hysterie ist auf diesem Feld nichts zu erreichen. Die Bevölkerung erwartet auch und gerade in einem föderalistischen Bildungssystem Zusammenarbeit und fairen Wettstreit zugunsten der Sache selbst.

Kosten- und Finanzierungsplan für die Bildungsausgaben, der neue Stufenplan für den Ausbau der berufsschulischen Angebote und das neue Berufsbildungsgesetz müssen als eine Einheit betrachtet werden. Es sind die Wegzeichen für die Entwicklung der beruflichen Bildung zu einem gleichgewichtigen Bestandteil des Gesamtbildungssystems. Für die junge Generation signalisieren sie Hoffnung, die nicht enttäuscht werden darf. Wird nüchtern Bilanz gezogen und in Rechnung gestellt, was die Finanzplanung für das Bildungswesen, die Ausbauplanung für das berufliche Schulwesen und das neue Berufsbildungsgesetz bedeuten können, dann läßt sich ohne Übertreibung sagen, daß seit dem Sommer vergangenen Jahres für die berufliche Bildung neue positive Zeichen gesetzt worden sind.

(-/8.4.1975/bgy/pr)

+ + +

### Warnung vor einer falschen Sicherheit

---

#### Untaugliche Unions-Rezepte für unsere Außenpolitik

Von Bruno Friedrich MdB

Außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Mitglied des SPD-Vorstandes

Der rasche Zusammenbruch Vietnams hat bei uns die Frage nach der Wirksamkeit der NATO für unsere Sicherheit aufgeworfen. So hat am Wochenende der CDU-Politiker Dr. Alfred Dregger die Niederlage des Thieu-Regimes in Saigon nicht nur eine Niederlage des ganzen Westens genannt, er sieht darüber hinaus unsere äußere Sicherheit vom NATO-Bündnis nicht mehr hinreichend garantiert. Dregger hat deshalb die Wiederbelebung der Idee der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und eine eigene europäische Atomstreitmacht für einen europäischen Bundesstaat gefordert, und er hat deutlich gemacht, daß die Bundesrepublik in diesem Zusammenhang die Mitverfügung über strategische Atomwaffen anstreben sollte.

Die Vorschläge des CDU-Vorstandsmitgliedes Dr. Dregger sind für Europas Sicherheit militärisch untauglich und politisch undurchführbar. Politisch-psychologisch sind sie gefährlich.

Militärisch gesehen ist die Entwicklung in Vietnam für Dregger nur Anlaß und Vorwand, um seine bisher ohne Echo gebliebene Forderung nach einer eigenen europäischen strategischen Atomstreitmacht - die er schon am 16. Januar 1975 im CDU-Pressedienst erhoben hatte - neu zu belabern. Dreggers Rezept ist militärisch untauglich. Alle militärischen Fachleute halten die französische Atomwaffe für nicht geeignet, Europa strategisch zu sichern. Wir sind aber auch konventionell ohne amerikanische Truppen nicht in der Lage, Europa zu verteidigen. Politisch ist Dr. Dreggers Vorschlag (der ausspricht, was Strauß seit Monaten publizistisch im "Bayernkurier" anbietet) undurchführbar. Es gibt nicht den Hauch einer Andeutung des französischen Präsidenten, daß Frankreich bereit wäre, seine Atomwaffen einem europäischen Kommando zu unterstellen. Und es gibt zudem keinen einzigen NATO-Verbündeten, der erklärt hat, daß er das Bündnis mit den USA in der NATO gegen eine europäische Verteidigungsgemeinschaft eintauschen möchte.

Was von Dreggers Überlegungen als Realität bleibt, ist sein unverhüllter Zweifel an der politischen Bündnistreue oder militärischen Bündnisfähigkeit Amerikas; da dieser Zweifel keine reale Alternative bewirkt, bleibt als Rest die politisch-psychologische Schwächung der europäischen Position. Dr. Dregger ist als CDU-Vorstandsmitglied und als hessischer Landesvorsitzender seiner Partei nicht irgendwer. Mit Dregger und Strauß wollen zwei der einflußreichsten CDU-Politiker die gegenwärtige Bündnisstruktur, die

unsere Sicherheit garantiert, ändern. Die Union wird erklären müssen, wo sie außenpolitisch steht und was bei ihr gültige Position ist.

Die SPD geht in ihrer Einstellung zum Bündnis davon aus, daß ein mit den Mitteln der westlichen Technologie in den politisch labilen Strukturen Indochines geführter Krieg, der dort den Übergang von der Kolonialzeit zu neuen politischen Strukturen markiert, mit der Situation in Europa nicht vergleichbar ist. Deshalb auch unsere Sicherheitskonzeption nicht berührt: weder militärisch noch politisch.

Wir halten eine neue Sicherheitskonzeption wie Dr. Dregger sie fordert, auch deshalb für gefährlich, weil sie die Bundesrepublik in Europa isolieren und das vorhandene Gleichgewicht in Sicherheitsfragen aufheben müßte. Die in Europa, besonders im Mittelmeerraum, sichtbar werdende politische Instabilität kann nicht mit europäischen Atomwaffen, sie muß politisch durch wirtschaftliche und soziale Maßnahmen gelöst werden. Diese Instabilität ist dort am größten, wo ein konservativ-demokratisches, konservativ-autoritäres oder konservativ-diktatorisches Staatsverständnis über Jahrzehnte hinweg die erforderlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen verhindert hat.

Wenn es um die Garantie der europäischen Sicherheit in diesem Raum geht, dann muß Europa alles tun, um in einer großen wirtschaftlich-sozialen Hilfsaktion den zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden oder dorthin strebenden Ländern des Mittelmeeres zu helfen. Diese Hilfsaktion wird, soll sie Erfolg haben, weit über das hinausgehen müssen, was man bisher an Hilfe gebracht oder sich vorgestellt hat. Nur so wird es gelingen, Italien, Griechenland, Portugal und Spanien einem sich demokratisch verstehenden Europa zu erhalten.

Europas Gemeinschaft braucht den Mittelmeerraum. Deshalb sind größte Anstrengungen, auch Opfer gerechtfertigt. Zugleich verlangt die Entwicklung zur Demokratie in diesem Raum Geduld. Wird das Militär in Portugal in der genannten Frist von drei bis fünf Jahren die freie Entfaltung der Demokratie sichern oder wird es sich über die gewählte Volksvertretung stellen? Dies kann Europa nicht gleichgültig sein. Diese Frage ist noch nicht entschieden, deshalb wäre es falsch, Portugal abzuschreiben, ehe das Land überhaupt gewählt hat.

Spaniens Weg zur Europäischen Gemeinschaft sollte erleichtert werden. Dabei muß man die als legale Opposition nicht zugelassenen demokratischen Parteistrukturen schon jetzt als die legalen politischen Strukturen eines Spaniens von morgen nicht nur sehen: Diese demokratische Opposition muß auch schon heute als unser Partner von morgen sichtbar behandelt werden; ohne daß wir gleichzeitig die politische Realität des gegenwärtigen Spaniens, die sich bald ändern dürfte, ignorieren können.

Die Festigkeit im militärischen Bündnis der NATO und die Fähigkeit zu politischer Aktion in Europa sind tauglichere Rezepte für unsere Zukunft und für unsere Sicherheit als die konservative Sterilität der Union, die nichts anderes weiß, als nach einer Mitverfügung der Bundesrepublik über europäische Atomwaffen, die es nicht gibt, zu rufen. (-/8.4.1975/ks/pr)

+ + +

### Partner für die ersten Konjunktur-Schwalben

Zu den neuesten Zahlen über den Stand des Arbeitsmarktes im März

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Die ersten Konjunktur-Schwalben des Februars bedurften noch gütlichen Zuredens, um im Lande zu verbleiben. Zu unwirtlich schien die Gegend, zu schmal der bekannte Silberstreif am Horizont. Jetzt schaut's schon anders aus: den Pionieren haben sich Partner zugesellt, die Konjunkturschwalben beginnen, Nester zu bauen.

Präsident Josef Stingl von der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg kündete vom frohen Ereignis, und er bestätigte die Feststellung von Bundesarbeitsminister Walter Arendt. Im März ging die Zahl der Arbeitslosen um 69.000 oder 5,9 vH auf 1.114.000 zurück. Die sich im Februar ankündigende Tendenzwende hat sich verstatigt. Ein Volk, mit Zuwachsraten an Arbeitslosen von jeweils 200.000 und mehr in den Monaten November, Dezember und Januar geschockt, weiß jetzt effektiv, daß der Gipfel überwunden ist.

Doch nicht nur des. Im gleichen Tempo mit dem Abbau an Arbeitslosen stieg das Stellenangebot. Im März um 5,8 vH auf nunmehr 260.000. Die Arbeitsämter konnten 125.700 Arbeitslose in neue Stellen vermitteln und somit 13.000 mehr als im Februar eine neue berufliche Zukunft eröffnen. Das sind über zehn vH - eine Zahl, die von wachsendem Optimismus in die wirtschaftliche Entwicklung kündet.

Spektakulärste Stingl-Kunde des März: Rückgang der Kurzarbeiterzahlen um 143.000 auf nunmehr 813.000. Wenn man dazu noch weiß, daß bei fast 90 vH der Kurzarbeiter die wöchentliche Arbeitszeit um weniger als die Hälfte eingeschränkt war, dann kann nicht einmal mehr der Pleitegeier aus Santhofen mit seinem Gekrächze die Bundesrepublik verunsichern.

Die Schwalben fanden Partner, der Nestbau begann. Auf dem Konjunkturdraht wird's bald Gedränge geben. Spätestens nach dem 4. Mai saufen auch die Pferde. Warum? Weil Frühling ist! (-/B.4.1975/ks/pr)

**Achtung: Falschmeldungswelle rollt an!**

---

**SPD warnt vor undemokratischen Ausuferungen im Wahlkampf**

Dem SPD-Vorstand liegen konkrete Informationen über Absichten in parteigegnerischen und diesem nahestehenden Lagern vor, die das allmähliche Anrollen einer Falschmeldungswelle für das Vorfeld des Bundestagswahlkampfes 1976 vorsehen. Diese Welle soll sich im weiteren Zeitablauf immer weiter ausbreiten und einem Doppelstrategie-Versuch dienen. Einmal soll die bereits begonnene Diffamierung der SPD und ihrer Parteiorganisationen als linksextremistisch, als sicherheitsriskant und als gesellschaftsumtötend verstärkt fortgesetzt werden. Zum anderen aber sollen Behauptungen auf den Weg gebracht werden, die unterstellen, daß es innerhalb der Führungskreise der Partei und ihrer Bundestagsfraktion zunehmende Differenzen und Zustimmigkeiten gäbe, die die SPD führungs- und regierungsunfähig machen würden.

Die SPD-Führung in Partei und Fraktion ist sich der mit dieser Doppelstrategie-Aktion verbundenen Belastungen bewußt. Sie ist aber vorbereitet und entschlossen, die Behauptungs- und Falschmeldungswelle schon im Anlaufen mit allen legalen und zulässigen Mitteln abzustoppen. Die ersten Anzeichen lassen erkennen, daß diese Agitation insbesondere auf den Parteivorsitzenden, auf den Bundeskanzler und auf den Fraktionsvorsitzenden zugeschnitten sein soll. Behauptungen z.B., daß Willy Brandt mit dem bisherigen portugiesischen Außenminister Dr. Mario Soares über neue Kanzlerambitionen gesprochen haben soll, werden von der dafür zuständigen Stelle mit aller Entschiedenheit als rundweg falsch und gegenstandslos abqualifiziert.

Die SPD beklagt aufs Tiefste derlei Ausuferungen der parteipolitischen Auseinandersetzung. Es erscheint an der Zeit, an jene Kräfte und Personen in den mit der SPD konkurrierenden Parteien sowie deren Organisationen und Institutionen zu appellieren, die sich ihrer demokratischen Gesamtverantwortung für unseren gemeinsamen Rechtsstaat ohne Einschränkungen bewußt sind. Auch in so kontroversen Zeiten wie diesen muß ein um die Regierungsmacht geführter Wahlkampf dort seine deutlichen Grenzen haben, wo die Folgen dem Ganzen schädlich sind. Das "Sonthofener Programm" des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß darf um der Demokratie willen nicht zum Guerilla-Handbuch für die Christlich-Demokratische Union werden. (ee/8.4.1975/bgy/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller